Mithäftlinge aus dem Strafvollzug, Vorbestrafte usw.) ausschließen und insbesondere gewährleisten sollen, daß der Verurteilte nicht erneut in eine ungeeignete Umgebung gelangt, die ihn wiederum gesetzwidrig beeinflussen könnte. Auch die mögliche Untersagung des Besitzes oder der Verwendung bestimmter Gegenstände dient diesen vorbeugenden Zielen, letzteres besonders dann, wenn im Zusammenhang mit der Straftat Einziehungen vorgenommen wurden (PKW) oder Erlaubnisse (Fahrerlaubnis) entzogen worden sind.

8. Die nach **Ziff. 3** möglichen Auflagen sollen durch eine exakte Aufsicht und Kontrolle bewirken, daß allen Versuchen, sich den Kontrollmaßnahmen zu entziehen, rechtzeitig begegnet werden kann. Erfahrungsgemäß suchen kriminell Gefährdete oft unangemeldet Unterschlupf bei asozialen Personen. Zur Vermeidung von Rückfälligkeit sind deshalb Anordnungen im Rahmen der staatlichen Kontrollmaßnahmen zulässig, einen bestimmten Wohn- oder Aufenthaltsort zu beziehen. Möglich ist auch die Zuweisung bestimmter Aufenthaltsbereiche, die nicht ohne Zustimmung **der** Deutschen Volkspolizei verlassen werden dürfen.

Von großer Bedeutung für die Wiedereingliederung ist auch die Auflage, den zugewiesenen Arbeitsplatz nicht ohne Zustimmung zu wechseln.

9. Als weitere Auflage ist die Beschränkung von Ausreisemöglichkeiten — z. B. im Rahmen des visafreien Reiseverkehrs — zulässig (**Ziff. 4**). Ferner können durch die zuständigen Organe, z. B. den Rat des Kreises, staatliche Erlaubnisse oder Genehmigungen (z. B. Gewerbeerlaubnis) versagt, entzogen oder eingeschränkt werden.

10. Die Aufenthalts-, Wohn- und anderen umschlossenen Räume des Verurteilten können kontrolliert werden, ohne daß die für Durchsuchungen erforderli-

chen prozessualen Voraussetzungen vorliegen. Diese Kontrolle bedarf keiner richterlichen Bestätigung. Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Durchsuchung vor, ist diese auch zur Nachtzeit zulässig.

11. Die Dauer der staatlichen Kontrollmaßnahmen beträgt gemäß Abs. 4 mindestens ein Jahr und höchstens fünf Jahre. Sie darf bei Haftstrafen jedoch nicht mehr als drei Jahre betragen, bei Verurteilung auf Bewährung die Bewährungszeit nicht übersteigen.

12. Wird dem Verurteilten **Strafaussetzung auf Bewährung** gewährt, bedarf diese im allgemeinen keiner Ausgestaltung gemäß § 45 Abs. 3, weil die polizeilichen Maßnahmen in der Regel ausreichend sind. Sofern im Einzelfall vom Gericht mit der Strafaussetzung auf Bewährung Pflichten auferlegt werden, müssen sich diese mit den möglichen polizeilichen Auflagen sinnvoll ergänzen. Die Dauer der staatlichen Kontrollmaßnahmen ist vom Tage der Entlassung aus dem Strafvollzug an zu berechnen. Das Gericht soll die Bewährungszeit mit der Dauer der Kontrollmaßnahmen abstimmen. Die Laufzeit der staatlichen Kontrollmaßnahmen wird durch den Widerruf der Strafaussetzung auf Bewährung nicht unterbrochen. Erfolgt der Widerruf auf Grund von § 35 Abs. 3, ist der erneute Ausspruch von staatlichen Kontrollmaßnahmen im Urteil zu prüfen, falls wiederum auf Freiheitsstrafe erkannt wird.

13. Ein strafbarer Verstoß gegen die staatlichen Kontrollmaßnahmen liegt bei vorsätzlicher **Zuwiderhandlung** (§ 48 Abs. 5) **gegen die erteilten Auflagen** vor. Es ist zu prüfen, ob ein Strafverfahren eingeleitet werden muß (vgl. auch § 47 Anm. 7.).

Hat ein auf Bewährung verurteilter Täter den Auflagen vorsätzlich zuwidergehandelt, sollte die im Urteil angedrohte Freiheitsstrafe vollzogen werden, um